

## Millionen Dächer für die Stromproduktion

Energiewende: „Demokratie auf dem Dach“ und „Die Rechnung bitte“, FR-Wissen und -Wirtschaft vom 21. Dezember

### Großzügige Anreize sind jetzt gefragt

Es ist erstaunlich, welche Leistungen in anderen, weniger reichen Ländern gebracht werden! In Deutschland gibt es zig Millionen Dächer, die für die Erzeugung erneuerbarer Energien sehr gut geeignet sind. Natürlich muss man erst mal kräftig investieren, und nicht alle Bewohner oder auch Eigentümer sind dazu bereit, sei es, dass sie dafür das Geld nicht haben, den bürokratischen Aufwand scheuen oder Kritiker der Energiewende sind.

Die großen Vorteile gegenüber Windkraftanlagen sind bekanntlich kurze Genehmigungsverfahren und nicht mehr erforderliche Überlandleitungen; es entstehen kein Lärm und auch keine Gefahr für Vögel. Worauf wartet man also noch? Bund, Länder, Städte und Kommunen sind daher für großzügige finanzielle Anreize gefragt. Die Anlagen könnten aus Solarzellen und/oder Sonnenkollektoren mit Strom- und Wärmespeichern bestehen und würden sich relativ schnell amortisieren. Natürlich ist vorher gegebenenfalls auch die Wärmedämmung zu verbessern. Wichtig ist aber auch, dass der Gesetzgeber die Eigennutzung der Energie zulässt. Der Strom, den man nicht selbst verbraucht, wird gespeichert, ins Netz gespeist oder für eine Ladestation verwendet. Ich bin mir sicher, dass die Kohlendioxidbilanz durch diese Maßnahmen viel schneller verbessert wird als z.B. durch Tempolimits, verringerte Autofahrten oder vegane Nahrung, so dass man nicht erst bis 2030 warten muss, um die vereinbarten Ziele zu erreichen.

In diesem Zusammenhang darf man allerdings nicht die exponentiell wachsende Weltbevölkerung aus den Augen verlieren, die all diese Anstrengungen

zunichte machen kann. So verdoppelt sich Afrikas Bevölkerung in 30 Jahren, was nicht nur zu weiteren Millionen von Menschen in Elend und Hungersnot und zu größeren Flüchtlingsströmen führt, sondern auch den Bedarf an Energie enorm vergrößert. Reinhold Strank, Frankfurt

### Steuerminderung als Anreiz ist unsozial

Dieses ganze „Klimapäckchen“ ist halbherzig oder genauer gesagt: geplant wirkungslos.

Erstens gab es bereits einen gescheiterten Anlauf vor der Regierung Kohl 1982. Damals gewährte die SPD/FDP-Regierung zehn (!) Prozent Abschreibung auf Energiesparinvestitionen über zehn (!) Jahre – und das wurde kaum genutzt. Denn es begünstigte Leute mit hohem Einkommen (d.h. hohen Steuern), und die hatten es nicht nötig, an der Heizung zu sparen. Wenn jetzt also zwei mal sieben plus einmal sechs gleich 20 Prozent Abschreibung in Aussicht gestellt werden gegenüber zehn mal zehn gleich 100 Prozent vor 37 Jahren, ist das erst recht kein Anlass, etwas zu unternehmen.

Zweitens ist Steuererminderung als Anreiz prinzipiell unsozial, denn sie bevorzugt hohe Einkommen. Um auch die Bürger, die über hohe Heizkosten nachdenken müssen, hinter dem Ofen hervorzulocken, muss der Zuschuss einkommensunabhängig gewährt werden, z.B. zehn Prozent der Kosten über die ersten fünf Jahre oder besser 50 Prozent sofort nach überprüftem Erfolg der Sanierungsmaßnahme. Das entspräche dann der alten SPD-Regelung – wenigstens für hohe Einkommen.

Warum müssen eigentlich Leute, die das Klima schonen, überhaupt mit Mehrkosten belastet werden, während andere

einen Profit davon haben dürfen, dass sie dem Klima (und damit allen Menschen) ungestraft schaden dürfen? Diese staatlich geförderte neoliberale Perversiversion muss einmal infrage gestellt werden.

Richtig wäre doch, die CO<sub>2</sub>-Abgabe soweit anzuheben, wie es kostet, eine Tonne CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu entfernen – nach heutigem Stand mindestens 200 Euro. Und jede Maßnahme, die der Atmosphäre eine Tonne CO<sub>2</sub> erspart, müsste dem, der sich dafür die Mühe macht, voll erstattet werden. Egal ob er viel oder wenig Steuern zahlt. Wenn also z.B. eine Wärmedämmung in zehn Jahren je 2500 Liter Öl entsprechend zehn mal fünf Tonnen gleich 50 Tonnen CO<sub>2</sub> einspart, bekäme der Hausbesitzer 10 000 Euro sofort nach Überprüfung. Daneben spart er noch die Beschaffung von 2500 Liter Öl/Jahr und die 1000 Euro CO<sub>2</sub>-Abgabe gleich 3500 Euro jedes Jahr in alle Zukunft. Das wäre dann ein anständiger – und vielleicht überzeugender – Anreiz!

Hanspeter Maier, Mörfelden

### Wie halt der Wind gerade weht

Die „Schnürer“ waren am Werk. Sie schnürten das „Klima-Paket“ zu und auf und zu und auf und... je nach „Interessen-Drucklage“; Alles wird verwässert, alles wird geschönt, wie halt der Wind gerade weht. Und was machen wir? Wir schimpfen auf die „Schnürer“ da oben; fahren immer dickere Brummerkarossen und machen „freiwillig“ – wenn schon, denn schon – wenig bis überhaupt nichts für unsere einzige, geschundene Umwelt!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/madrid



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** ist zu Gast in der Radiosendung „Der Tag mit...“ und spricht zu tagesaktuellen Themen.

**Freitag, 3. Januar, 12 Uhr**  
**Deutschlandfunk Kultur**

**Bascha Mika** diskutiert beim Herrenhäuser Gespräch auf dem Podium zum Thema „Was ist Wahrheit?“ Mit Lorraine Daston (ehemalige Direktorin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Kai Schreiber (Buchautor von „Wahre Lügen. Warum wir nicht glauben, was wir sehen“) und Thomas Strässle (Buchautor von „Fake und Fiktion. Über die Erfindung von Wahrheit“).

**Donnerstag, 9. Januar, 19 Uhr**  
**Xplanatorium Schloss Herrenhausen, Herrenhäuser Straße 5, Hannover**

**Stephan Hebel** spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Anschließend Diskussion.

**Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr**  
**Genussskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik – Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.

**Montag, 27. Januar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

**Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

## Rasen auf Autobahnen

Zu: „Tempolimit entzweit“, FR-Meinung vom 28. Dezember

Die Tatsache, dass Deutschland mittlerweile das einzige Land in Europa ohne Tempolimit auf Autobahnen ist, hat für ein phantastisches Phänomen gesorgt: Autovermietungen in Süddeutschland und Reiseunternehmen bieten ausländischen PS-Junkies den Supertrip nach Germany an. So können hochmotorisierte Luxuswagen wie Lamborghini, Ferrari, Mercedes etc. gebucht werden, um auf bayerischen Autobahnen wie der A95 und A96 einmalig richtig hochzubeschleunigen oder auch Hochgeschwindigkeitsrennen zu fahren. Richtig pervers – oder? Ach nee – Denkfehler, wir leben ja in Deutschland, und hier gilt bekanntlich immer noch freie Fahrt für freie Bürger! Holger Kintscher, Langen

### Die Hoffnung stirbt zuletzt

Herrn Scheuer möchte ich auf Erich Fried hinweisen: „Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt.“ Auch Bertolt Brecht könnte helfen: „Wer a sagt, der muss nicht b sagen. Er kann auch erkennen, dass a falsch war.“ Ob diese Weisheiten Minister Scheuer erreichen? Das Volk meint: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“

Reinhard Schemionek, Wustrow

## Ein Problem mit Nazis

Parteiaustritt: „Robert Mörizt gibt auf“, FR-Politik vom 21. Dezember

In der Tat ist es keine Nebensache, wenn die CDU in Sachsen-Anhalt eine Woche braucht, um Selbstverständlichkeiten zu betonen, nämlich dass ihre Partei sich klar gegen Rechtsextremismus stellt. Die CDU hat schlicht, insbesondere an ihrer Basis und nicht nur im Osten, ein Problem mit alten und neuen Nazis. Wer ihre Geschichte Revue passieren lässt, registriert, dass viele alte Nazis schon zur Gründerzeit der CDU in dieser Partei eine Heimat gefunden hatten (Globke, Oberländer, Lübke, Kiesinger). In der heutigen „Werteunion“ geben Leute wie Hans-Georg Maaßen, die den Weg in eine Koalition mit der rechtsextremen AfD weisen, den Ton an. Die Gegensätze in der CDU zwischen Befürwortern und Gegnern eines Rechtsbündnisses treten immer mehr in Erscheinung. Dagegen hilft nur eine klare Haltung des Führungspersonals und eine Mobilisierung derjenigen Mitglieder, die es ernst mit dieser Demokratie meinen. Gerade die demokratischen Volksparteien haben wesentlich in der Hand, was aus dieser Demokratie wird. Wenn ich mir den Fall Robert Mörizt anschau und die bis zu seinem Parteiaustritt nur schleppenden Reaktionen auf seiten der CDU, dann wird mein Pessimismus über das Schicksal der zweiten deutschen Demokratie leider verstärkt. Manfred Kirsch, Neuwied

## Mit dem tiefsten Mitgefühl

Zu: „Zumindest die Kinder von den Inseln holen“ und „Kalte Schulter für Habeck“, FR-Meinung und Politik vom 23.12.

Es begab sich zu der Zeit, dass ein Kind geboren wurde. Vielleicht war es nicht das in diesen Tagen so geliebte und gebobbelte Jesuskind, sondern ein anderes Kind. Und vielleicht wurde es nicht in Bethlehem in einem Stall geboren, sondern unter einer Plane auf einer griechischen Insel. Aber vielleicht hat es ja auch Glück gehabt, und seine Mama durfte zur Geburt für einen Tag ins Krankenhaus.

Wie auch immer, den lieben Gott hat dieses Kind gedauert, und das Schicksal der anderen Kinder auch. Er wollte helfen. Deswegen ist er in eines der reichsten Länder, nach Deutschland, gegangen, zu seiner Außenstelle, der Partei mit dem „C“ im Namen, und hat die Leute dort gebeten, diese Kinder in Sicherheit zu bringen. Aber die Leute haben zum lieben Gott gesagt: „Das geht nicht. Wenn nur wir die Kinder aufnehmen und andere Staaten der EU nicht, das wäre doch ungerecht! So leid

uns das tut, wir können erst helfen, wenn alle anderen das auch tun. Das musst du einsehen!“

Vermutlich hat der liebe Gott überhaupt nichts eingesehen, aber so dolle stark ist er dann auch nicht, es blieb ihm nichts anderes übrig, als zu warten. Aber das Warten hat zu lange gedauert. Bis sich alle Staaten der EU geeinigt hatten, waren viele der Kinder tot. Gestorben an der Kälte, der Mangelernährung oder an Krankheiten, die man hätte behandeln können. Andere haben sich dem IS zugewandt, der die Gunst der Stunde nutzte und eine scheinbare Perspektive bot. Wieder andere sind irgendwie groß geworden. Aber sie haben so viel Schaden an Leib und Seele genommen, dass ein normales Leben, auch wenn sie noch einmal in eine normale Umgebung kommen sollten, nicht mehr möglich sein wird.

Als die Leute von der Partei mit dem „C“ im Namen das sahen, wurden sie sehr traurig und

beriefen eilends eine Feierstunde ein, um ihr tiefstes Mitgefühl mit den Kindern zum Ausdruck zu bringen. „Du siehst, wie unangenehm uns diese Sache ist“, sagten sie zum lieben Gott, „aber wir sind nicht schuld! Schuld sind diese egoistischen Länder, die keine Kinder aufnehmen wollten. Und auch Griechenland ist schuld! Sie haben die Leute nicht gut versorgt, obwohl wir extra noch ein paar Lastwagen mit Hilfsgütern hingeschickt haben.“

Da meldete sich eine leise Stimme zu Wort, von Leuten, die für sich in Anspruch nehmen, noch mehr auf dem rechten Wege zu sein als alle anderen. „Vielleicht“, raunte sie, „waren das ja gar keine Christenkinder, sondern andere?“ Und dann wäre das mit dem Sterben ja vielleicht nicht ganz so schlimm? Wie dem auch sei, die Feierstunde, die mit dem tiefsten Mitgefühl, wurde abgehalten. Eva Beyer, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/moria